



Sperrfrist: 10. Oktober 2006, 10.00 Uhr

Pressemitteilung

**zur Stellungnahme des Landesrechnungshofs zum Haushaltsentwurf
der Landesregierung 2007/2008, Umdruck 16/1282**

Ein „Sparhaushalt“, der keiner war

Die Idee der Landesregierung war nicht schlecht. Bis 2010 sollten 7,5 bis 15 % der Personalkosten des Landes eingespart werden. Weitere 2,5 % sollten durch die Arbeitszeiterhöhung bei den Beamten hinzukommen. Tarifsteigerungen sollten künftig in den Einzelplänen erwirtschaftet werden.

Darüber hinaus sollten die Ressorts weitere 80 Mio. € einsparen, die Kommunen sollten ihren Beitrag in Höhe von 120 Mio. € aus dem Kommunalen Finanzausgleich leisten und weitere 100 Mio. € sollte die Kürzung bzw. die Streichung des Weihnachtsgeldes bei den Beamten bringen. Soweit die Idee.

Tatsächlich haben sich schon vor der Verabschiedung des Doppelhaushalts 2007/2008 die Sparideen weitgehend in Luft aufgelöst.

Das Personaleinsparkonzept gilt nämlich nur für rd. 16 % der Beschäftigten. Die übrigen sog. Kernbereiche gelten als „Tabu“ und werden von

jeglichen Einsparungen ausgenommen. So kann man einen Haushalt nicht grundlegend sanieren.

Die bereits für 2007 angedachten 2,5 % Einsparungen durch die Arbeitszeitverlängerung bei den Beamten wurde - je nach Ressortabsprache - auf später verschoben.

Tarifsteigerungen gibt es in den Einzelplänen tatsächlich nicht mehr. Allerdings sind die Mittel nun zentral im Einzelplan 11 veranschlagt.

Von den 80 Mio. €, die die Ressorts als zusätzliche Einsparungen erbringen sollten, sind nach dem derzeitigen Stand der Dinge lediglich 40 Mio. € realisiert.

Da fällt es schwer, die geplante Kürzung des Kommunalen Finanzausgleichs in Höhe von 120 Mio. € erfolgreich einzufordern.

Lediglich die weitgehende Streichung des Weihnachtsgeldes bei den Beamten bringt 100 Mio. € in die Kasse des Landeshaushalts. Aber nicht die Kürzungen der Bezüge, sondern nur ein deutlicher Abbau der Beschäftigtenzahl kann dauerhaft zu Einsparungen führen.

Das „große“ Ziel der Landesregierung war, bis 2010 eine Halbierung der Nettoneuverschuldung zu bewerkstelligen. Erreicht wird es so nicht. Der LRH hält weitaus größere Anstrengungen für erforderlich, um zu einer dauerhaften Gesundung des Haushalts zu gelangen. Erinnerung sei an Prof. Seitz, der eine Senkung der Personalkosten des Landes um rd. 10 % für notwendig hält. Davon ist die Landesregierung mit ihren Sparplänen weit entfernt.